

Vom Standpunkt der Interessen der Arbeiterklasse und der Gesamtinteressen der Nation ist dieser Kampf gegen den deutschen Militarismus und für einen Friedensvertrag die große Aufgabe, für deren Lösung wir uns rüsten, indem wir unsere wirtschaftlichen Aufgaben voll und im entsprechenden Tempo erfüllen.

Nun hat man uns gesagt: „Aber wenn die Bonner Regierung keine Vorschläge für den Friedensvertrag macht und nicht unterzeichnet, dann will die DDR den Friedensvertrag unterzeichnen. Ist das dann nicht ein Separatvertrag?“ Nun, wenn Adenauer nicht mit unterschreiben will, wird der Friedensvertrag in jedem Falle zustande kommen. Aber dann bedeutet das, daß der Kampf um die Grundsätze dieses Friedensvertrages eben in Westdeutschland entfaltet wird. Dann werden wir ja sehen, wie viele Menschen in Westdeutschland für den Friedensvertrag sind und wer in Zukunft in Westdeutschland die Mehrheit bekommt. Wir wollen einen Friedensvertrag für ganz Deutschland. Das würde auch bedeuten, daß die Kohlenhalden im Ruhrgebiet verschwinden.

Wir sind also gegen einen separaten Friedensvertrag! Der Friedensvertrag, der abgeschlossen wird — gleichgültig, ob von Bonn mit unterzeichnet oder nicht — ist ein Friedensvertrag, der Gültigkeit für ganz Deutschland hat. Für die Durchführung dieses Friedensvertrages würde dann die Mehrheit des ganzen deutschen Volkes kämpfen.

Der Kampf um den Friedensvertrag geht nicht so vor sich, daß die Frage nur auf einer Gipfelkonferenz behandelt wird. Nein! Ich denke, die Arbeiterklasse, die Intelligenz und die Werktätigen in ganz Deutschland beteiligen sich aktiv an der Vorbereitung dieser Gipfelkonferenz und der Friedenskonferenz. Und die Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz diene bereits der Vorbereitung des Friedensvertrages!

Die erste Aufgabe ist, den Militarismus in Westdeutschland zu bändigen. Der Friedensvertrag ist dabei eine große Hilfe. Herr Eisenhower hat vor einiger Zeit gesagt, er wünsche, daß die Prinzipien der Anti-Hitlerkoalition eingehalten werden, und er wolle auch nicht, daß in Westdeutschland ein Militarismus entsteht, der aggressive Pläne gegen die Sowjetunion habe. Wenn er das wörtlich meint, dann können wir ja über den Friedensvertrag verhandeln.

Es ist also notwendig, daß wir alles tun, um unsere Friedenspolitik nicht nur nach Westdeutschland zu tragen, sondern in alle Länder der Welt zu gehen, um dort zu erklären, warum der Friedensvertrag den Interessen aller Völker der Welt entspricht und warum das Krebsgeschwür in Westberlin beseitigt und Westberlin in eine entmilitarisierte Freie Stadt verwandelt werden muß.

Das ist unsere Politik! Das ist die Politik der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, der ganzen Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik, und das wird in Zukunft auch die Politik sein, für die sich die Mehrheit der Arbeiterklasse und der Bevölkerung in Westdeutschland erklären wird: die Politik des Friedens, der Schaffung eines Friedensvertrages, der Demokratie und der Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat!

Wenn wir von diesem Gesichtspunkt aus alle unsere Aufgaben in Angriff nehmen, uns bewußt sind der geschichtlichen Verantwortung und der Bedeutung der DDR für die gesamte Zukunft der deutschen Nation, dann wird es gut vorwärtsgehen.